



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2011

---

## **Gefährlicher Umgang mit Volksrechten**

Granwehr, Peter ; Widmer, Thomas

Abstract: Die Schweiz steht in politischer Hinsicht gut da, sagt der Politologe Thomas Widmer von der Uni Zürich. Aber sie stehe vor Herausforderungen, die nicht einfach zu meistern seien.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-104418>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Granwehr, Peter; Widmer, Thomas. Gefährlicher Umgang mit Volksrechten. In: Der Landbote, 31 December 2011, 5.

# «Gefährlicher Umgang mit Volksrechten»

**ZÜRICH.** Die Schweiz steht in politischer Hinsicht gut da, sagt der Politologe Thomas Widmer von der Uni Zürich. Aber sie stehe vor Herausforderungen, die nicht einfach zu meistern seien.

INTERVIEW: PETER GRANWEHR

Was erwartet uns 2012 in politischer Hinsicht in der Schweiz?

**Thomas Widmer:** Sowohl sachpolitisch wie parteipolitisch wird es im neuen



Jahr nicht langweilig: Bei den Sachthemen stehen meines Erachtens drei Bereiche im Vordergrund: zum einen das

Verhältnis zu Europa. Dann zweitens der starke Franken, der wohl auch im neuen Jahr eine Fluchtwährung sein wird und die Frage aufwirft, wie die Schweizer Wirtschaft gestützt werden kann. Schliesslich drittens die Energiepolitik nach dem Beschluss, aus der Atomenergie auszusteigen. Hier geht es um die Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz sowie um die inländische und die grenzüberschreitende Stromübertragung.

Was steht parteipolitisch an?

Das System der Konkordanz wurde 2003, spätestens 2007 durch eine Diskordanz ersetzt, bei der keine Einigkeit darüber besteht, welche Regeln zur Bestimmung der Regierungszusammensetzung gelten sollen. Dieser diskordante Zustand wurde bei den jüngsten Bundesratswahlen bestätigt und es stellt sich deswegen die Frage, wie sich die SVP in dieser Situation angesichts ihrer Untervertretung im Bundesrat verhält und wie sie generell ihre politischen Postulate einzubringen versucht.

Was soll denn die SVP ausser ihrem dreifachen Nein zu Steuern, Europa und Ausländern noch einbringen?

Natürlich enthalten die Kernthemen der Partei den Widerstand gegen wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Insofern ist die SVP eine Partei, die Neuerungen eher bekämpft und diese weniger aktiv gestaltet. Dennoch gibt es Themen, bei denen man gespannt sein kann, wie sich die Partei positioniert. So etwa bei der von ihr eingereichten Initiative, welche die Volkswahl des Bundesrats fordert. Oder bei der Kampfflugzeug-Beschaffung, wo sie auf Bundesrat Ueli Maurer Rücksicht nehmen muss, gleichzeitig aber in der Frage der Typenwahl nicht unbedingt einig ist.

Rückt nun, nachdem die Wahlen vorbei sind, die Sachpolitik tatsächlich wieder in den Vordergrund?

Spätestens im Zusammenhang mit den Volksabstimmungen am 11. März wird



Abstimmungstag in einem Berner Stimmlokal. Die Glaubwürdigkeit der Volksrechte sei gefährdet, wenn Parlament oder Regierung unsorgfältig damit umgehen, so Widmer. Bild: key

das der Fall sein. Da stehen gleich fünf Vorlagen zur Debatte, die zwar nicht extrem mobilisieren dürften, aber doch lebensnahe, die Bevölkerung direkt betreffende Themen enthalten wie die Initiative «Sechs Wochen Ferien für alle».

Teilen Sie die Ansicht, dass im Land so etwas wie ein Reformstau besteht?

Nein; generell trifft diese Aussage nicht zu. Unser politisches System ist recht wandelbar, auch wenn das nur in kleinen Schritten erfolgt, dafür aber nachhaltig. Das heisst nicht, dass es keine Bereiche gäbe, in denen Nachholbedarf besteht, wie etwa bei den Sozialwerken AHV, IV und der zweiten Säule.

Blenden Sie nicht Baustellen aus wie das Gesundheitswesen, die Raumplanung, das Verkehrswesen, die Energieversorgung oder die Beziehungen zur EU?

Optimal ist die Situation höchst selten. Deshalb darf das Optimum nicht der Massstab sein. Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln sich dynamisch und teilweise überraschend weiter, die Politik bekundet ab und an Mühe, diesem Tempo zu folgen. Natürlich trifft es zu, dass etwa im Gesundheitswesen zahlreiche Probleme zu lösen sind. Aber es tut sich immerhin etwas, und in der allgemeinen Wahrnehmung verfügt die Schweiz über eine teure, aber funktionierende Gesundheitsversorgung.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob unsere Institutionen diesem Wandel auf Dauer gewachsen sind. Ist zum Beispiel

unser Föderalismus noch zeitgemäss und genügend effizient?

Grundsätzlich ist unser Föderalismus ein stark verankertes Erfolgsmodell; das schweizerische System hat bisher gut funktioniert. Es mag sein, dass gewisse Weiterentwicklungen erforderlich sind. So ist bei bestimmten Themen eine Diskrepanz zwischen Problemlagen und politischen Territorien offensichtlich: So etwa bei Verkehrsfragen, die verschiedene Gemeinden in einer Agglomeration betreffen. Aber auch bei der interkantonalen Zusammenarbeit bestehen Herausforderungen.

Das Beharrungsvermögen bei den identitätsstiftenden politischen Einheiten, den Gemeinden und besonders den Kantonen, ist aber robust.

Blockiert deswegen unser Föderalismus die Bundespolitik?

Der Föderalismus hat eine stark strukturerhaltende Komponente. Sie macht es schwierig, grundlegende Änderungen durchzusetzen. Er birgt aber auch Chancen, innovative Projekte zu realisieren. Nehmen Sie die Drogenpolitik: Einzelne Städte und dann Kantone ergriffen zuerst Massnahmen, weil sie vom Problem der offenen Drogenszenen weit stärker als andere betroffen waren. Das war wie ein Labor für den Rest der Schweiz, der sich davon über-

zeugen konnte, dass diese Massnahmen taugten. Heute besteht bundesweit eine breit akzeptierte und recht erfolgreiche Drogenpolitik.

Typisch für die direkte Demokratie sind die Volksrechte. Werden diese nicht missbraucht, wenn die politischen Parteien Volksinitiativen lancieren, statt das Parlament für ihre Anliegen zu nutzen? Von «Missbrauch» zu reden, ist problematisch. Denn es gibt keine Instanz, die verbindlich festlegt, wer zu welchem Thema eine Volksinitiative lancieren darf oder nicht.

Aber es ist unbestreitbar, dass heute auch Parteien wie CVP und FDP mehr oder weniger erfolgreich zu diesem Instrument greifen. Sie kopieren damit die Parteipolitik SVP und SP, die Initiativen schon länger als Wahlhelfer nutzen.

Steht diesem Nutzen nicht ein Schaden für die Allgemeinheit gegenüber, wenn Initiativen zu populären Themen lanciert werden, nur um zu mobilisieren? Nicht zwingend: Eine Initiative etwa, die stark symbolischen Charakter hat wie jene gegen den Bau von Minaretten, verändert real zwar wenig. Probleme juristischer Art entstehen, wenn Initiativen angenommen werden, deren Umsetzung im Widerspruch steht zu

anderen Verfassungsartikeln oder zum Völkerrecht. Aber am stärksten ist die Glaubwürdigkeit der Volksrechte in Gefahr, wenn Parlament oder Regierung damit unsorgfältig umgehen.

Haben Sie konkrete Beispiele dafür?

Die zögerliche Behandlung der Abzocker-Initiative durch das Parlament, das sich endlos über Gegenvorschläge streitet, gehört dazu. Oder die ungenügende Information der Stimmberechtigten vor der Referendumsabstimmung über die Unternehmenssteuerreform II durch den Bundesrat, wie aktuell vom Bundesgericht gerügt. Solche Vorkommnisse beschädigen die Instrumente der direkten Demokratie.

Noch ein Blick auf die Welt: Was kommt 2012 von aussen auf uns zu?

Streitpunkte mit der EU und anderen Staaten werden primär ökonomische Themen sein: Steuerabkommen, das Bankgeheimnis und die Frankenstärke. Hinzu kommt das bekannte institutionelle Problem bei den bilateralen Abkommen mit der EU. Brüssel will eine verstärkte Integration, wogegen die Schweiz am institutionellen Status quo festhalten will. Diese grundlegende Differenz bestätigt derzeit alle Skeptiker des bilateralen Wegs – sowohl Befürworter eines EU-Beitritts als auch jene Kreise, die den isolationistischen Standpunkt vertreten. Die Frage ist, wie weit die Schweiz hier ihre Position wahren kann. Gefordert ist auf jeden Fall eine kluge Verhandlungsführung.

## WAS 2012 GARANTIERT NICHT GESCHEHEN WIRD

### Der Arabische Frühling und Fukushima helfen uns auf die Sprünge für 2012

Mit schöner Regelmässigkeit kehrt zumindest seit den 1960er-Jahren ein Thema in die öffentliche Diskussion zurück, und wohl niemand glaubt im Ernst daran, dass die dazu gehörende kirchliche Regelung demnächst revidiert wird: die Ehelosigkeit als Verpflichtung für katholische Priester. Wen wundert es also, wenn man – konfrontiert mit der Frage, was sich im kommenden Jahr garantiert nicht verändern wird – auf den Zölibat stösst? Die «Erfahrung», die einen scheinbar sicher durch das Leben lotst, schenkt uns Gewissheiten solcher Art. Dumm nur, dass uns ausgerechnet 2011 die Erfahrung wenig geholfen

hat. Beispiel 1: Im November 2009 wurde eine Volksinitiative angenommen, deren Komitee in seinem Argumentarium wohl aus seinem eigenen Erfahrungsschatz Folgendes geschöpft hatte: «In 1500 Jahren Islam und bei mittlerweile über einer Milliarde Muslimen weltweit gibt es kein einziges Beispiel einer muslimischen Initiative, um in ihrem Machtbereich demokratische Verhältnisse, die unseren Vorstellungen von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaat entsprechen, einzuführen.» Seit einem Jahr aber sind wir Zeugen einer Entwicklung in der arabischen Welt, die diese Aussage ziemlich alt aussehen lässt.

Beispiel 2: Wer rechnete am 10. März 2011 damit, dass Atomreaktoren in einem westlichen Industriestaat ausser Kontrolle geraten würden, wie dies am Tag danach in Fukushima geschah? Hatte man doch aus der Katastrophe von Tschernobyl 1986 mehrheitlich den Schluss gezogen, nicht die Kernspaltung sei das Problem, sondern das kommunistische System, das nicht fähig sei, diese Technologie absolut sicher zu betreiben. Je grösser der zeitliche Abstand zu 1986 wurde, desto stärker verfestigte sich diese Einstellung, wie die «Atom»-Abstimmungen im Jahr 2003 zeigten. Fukushima erschütterte diese «Gewissheit» derart massiv,

dass das Parlament innert Monaten den Atomausstieg beschloss. Erfahrungen sind 2011 auch im Finanzbereich arg strapaziert worden, sodass man sich vielleicht doch nochmals überlegen sollte, ob es ratsam ist, sich so weit aus dem Fenster zu lehnen, wie mit der eingangs angedeuteten Prognose zum Zölibat. Selbstverständlich soll hier die katholische Kirche weder mit einem AKW noch mit arabischen Despoten verglichen werden, auch wenn sie einerseits für manche Gläubige eine Energiequelle ist und ihr andererseits in den Augen vieler Kritiker ein grösseres Mass an interner Mitbestimmung nicht schlecht anstünde. Die Ereignisse, die

unseren Erfahrungsschatz punktuell entwertet haben, sind hier vielmehr deshalb angeführt worden, um diesen wieder zu erweitern: Die Erfahrung aus 2011 sagt uns, dass offenbar mehr möglich ist, als wir bisher glaubten. Um das Risiko einer Fehlprognose zu verringern, wird daher die Hürde für die künftige Realität hier erhöht: Was 2012 garantiert nicht geschieht, selbst wenn der Zölibat fallen sollte, ist das, was der englischen Monarchie 2011 zu neuem Glanz verholfen hat, bezogen auf den Vatikan: eine Traumhochzeit. Auch wenn diesem eine Imageaufbesserung bestimmt gelegen käme.

PETER GRANWEHR